

## A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)  
– Drucksache 17/11804 –

### Medizinische und organisatorische Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11804** – vom 6. Mai 2020 hat folgenden Wortlaut:

In der Corona-Krise kommen vielfältige Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten in Betracht. Dabei geht es nicht immer um finanzielle Hilfen, sondern auch um Beratung und Unterstützung durch die Landesregierung. So wurde u. a. ein Koblenzer Unternehmen von einer österreichischen Rechtsanwaltskanzlei abgemahnt, weil die Wortmarke „Spuckschutz“ unter der Nummer 1179336 bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum als Eigenname registriert sei.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wurde die Wortmarke „Spuckschutz“ auch beim Deutschen Patent- und Markenamt in München als Eigenname registriert?
2. In welcher Form unterstützt und berät die Landesregierung Unternehmen, die in der Corona-Krise von Rechtsanwälten abgemahnt werden?
3. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, dass die Deutsche Post AG oder andere Paketzusteller aufgrund der zurzeit großen Anzahl an Paketsendungen ausnahmsweise vorübergehend auch an Sonntagen Pakete zustellen dürfen, um Spitzen in der Paketzustellung besser bewältigen zu können?
4. Wird die Landesregierung bei dem Idar-Obersteiner Gebäudesicherheitsspezialisten Kentix den SmartScan bestellen, der innerhalb von Sekunden feststellen kann, ob jemand an Fieber erkrankt ist?
5. In welcher Form gibt es Überlegungen oder Planungen, auch Bedienstete der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung zehn Tage Sonderurlaub zu gewähren, wenn sie sich bei einer Hilfsorganisation engagieren, um die Corona-Krise zu bewältigen, wie bereits der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim verfährt?
6. Gab es auch in Rheinland-Pfalz Fälle, in denen zum missbräulichen Bezug bei den Auszahlungen von Corona-Soforthilfen gekommen ist, und wie viele waren das?
7. Hat die Landesregierung die Bundeswehrverwaltung um personelle Unterstützung bei den Auszahlungen von Soforthilfen des Bundes und des Landes bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz gebeten?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juni 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Eintragungen beim Deutschen Patent- und Markenamt in München vor.

Zu Frage 2:

Ein spezifisches Programm zur Unterstützung und Beratung von Unternehmen, die von Rechtsanwälten abgemahnt werden, gibt es nicht.

Zu Frage 3:

Nach Ansicht der Landesregierung ist die Zustellung von Paketen an Sonntagen an Endkunden, Paketshops oder Packstationen wegen des verfassungsrechtlich gebotenen Sonn- und Feiertagsschutzes trotz gestiegener Paketmengen aufgrund der Corona-Pandemie nicht erforderlich. Der Landesregierung liegen bislang auch keine Erkenntnisse darüber vor, dass die entsprechenden Arbeiten nicht auch an Werktagen vorgenommen werden können.

Gründe für eine Abweichung der von den Ländern einvernehmlich festgelegten Auffassung, dass die allgemeine Post- und Paketzustellung an Endkunden und Packstationen an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich unzulässig ist, sind in Rheinland-Pfalz daher nicht erkennbar.

Zu Frage 4:

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie würde die Information über den SmartScan bei Bedarf an die Kommunen und Gesundheitsämter weitergeben, die in eigener Zuständigkeit und teilweise in Kooperation mit Krankenhäusern Fieberambulanzen in Rheinland-Pfalz eingerichtet haben. Bislang haben die Akteure allerdings bei der Errichtung der Strukturen keine Unterstützung benötigt.

Zu Frage 5:

Überlegungen oder Planungen, Bediensteten der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung zehn Tage Sonderurlaub zu gewähren, wenn sie sich bei einer Hilfsorganisation engagieren, um die Corona-Krise zu bewältigen, bestehen nicht.

Zu Frage 6:

Die mutmaßlichen Fälle bewegen sich nach bisheriger Kenntnis der Landesregierung im sehr niedrigen dreistelligen Bereich.

Zu Frage 7:

Die Landesregierung hat die Bundeswehrverwaltung nicht um personelle Unterstützung im Sinne der Fragestellung gebeten.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin